



Protokollauszug zum GEMEINDERAT

am Mittwoch, 20.05.2015, 17:08 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

ÖFFENTLICH

TOP 1 Akademie für Darstellende Kunst
- mündlicher Bericht der Künstlerischen
Direktorin und Geschäftsführerin Frau Prof. Dr.
Schweegee

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Künstlerische Direktorin Frau Prof. Dr. Schweegee und Frau Köpf, welche zusammen das Führungsteam der Akademie für Darstellende Kunst bilden.

Frau Prof. Dr. **Schweegee** berichtet mündlich über die künftigen Projekte und Zusammenarbeit der Akademie für Darstellende Kunst und der Filmakademie in Ludwigsburg. Die Akademieleitung wolle den Campus in Ludwigsburg anhand verschiedener Maßnahmen nach vorne treiben. Hierbei nennt Frau Prof. Dr. Schweegee beispielsweise die geplante Einführung einer gemeinsamen Zukunftswerkstatt und ab 2016/2017 eines Theaters auf dem Campusgelände. Ziel sei es, die Akademie international zu positionieren und über die deutschen Grenzen hinaus Studenten anzuziehen. Das könne unter anderem durch Praxissemester ausländischer Studenten an der Akademie erreicht werden. Zum Abschluss berichtet Frau Prof. Dr. Schweegee noch über ihren eigenen Werdegang.

Stadtrat **Herrmann** spricht sich für das Projekt aus, welches die Hochschullandschaft bereichere und stellt Herrn OBM Spec die Frage, wie die Finanzierung der Filmakademie ab 2017 gewährleistet werde, da es eine neue Finanzverteilung geben werde. Über das Erasmusprogramm könne man eventuell auch finanzielle Zuschüsse erhalten, wenn einzelne Studiengänge akkreditiert werden. Man müsse rasch Informationen erhalten, um Planungssicherheit zu haben.

Im weiteren Gesprächsverlauf bezeichnet Stadtrat **Dr. Vierling** die Planungen der Akademie als exquisites Theaterprogramm. Er würde sich freuen, wenn dazu beigetragen werde, Ludwigsburg in eine Theaterstadt zu wandeln. Er erhoffe sich außerdem, das Publikumspotenzial ausschöpfen und auch neben dem studentischen auch mehr Ludwigsburger Publikum anlocken zu können.

Stadträtin **Deetz** würdigt die Leistungen der Akademie insbesondere im experimentellen Bereich, welche neue Möglichkeiten im Theaterspiel schenken würden.

Auch Stadträtin **Moersch** lobt die Arbeit der Studierenden und der Akademie. Sie interessiere sich insbesondere dafür, inwieweit geplant sei, den Platz vor der Akademie zu bespielen, um unter anderem auch den abendlichen Treffen mit Alkoholkonsum entgegenzuwirken.

Stadtrat **Heer** freut sich auf den wertvollen Beitrag des Projektes für das Image und die Marke Ludwigsburg.

Stadträtin **Dziubas** schätzt die Zusammenarbeit der Akademien und hofft, dass auf dem Akademiehof trotzdem noch freie Fläche bleibe.

OBM **Spec** geht auf die Frage von Stadtrat **Herrmann** ein und erläutert, dass es wahrscheinlich auch ab 2017 einen Förderzuschuss vom Land gebe. Er betont jedoch, dass der Zuschuss geringer ausfallen werde und diesbezüglich schon Gespräche mit dem Land laufen würden. Er kündigt an, Vorschläge bezüglich der Finanzierung noch kurz vor oder nach der Sommerpause in den Gremien einzubringen.

Weiter spricht auch OBM Spec das Problem an, dass an den Abenden auf dem Akademiehof ein großer Alkoholkonsum bestände. Er kündigt einen Bericht im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales zur Problematik des Akademiehofs an.

Außerdem müsse man infrastrukturell Lösungen finden, damit zukünftig ausreichend Toiletten zur Verfügung ständen.

Das Theater auf dem Akademiehof werde kein Stadttheater darstellen, hebt Frau Prof. Dr. **Schweeger** hervor. Die Bürger der Stadt Ludwigsburg erhielten Einblicke in die Arbeit der Studierenden, zudem plane die Akademie kleine Festivals, aber gebe es kein kontinuierliches Programm. Frau Prof. Dr. Schweeger bemängelt die angespannte Wohnungssituation für die Studierenden in Ludwigsburg, weshalb sich viele Studentinnen und Studenten dafür entscheiden würden, in Leipzig zu studieren. Man müsse hier unbedingt Lösungen finden.

OBM **Spec** möchte den engen Kontakt zu der Akademie für Darstellende Kunst fortsetzen.

TOP 2

Priorisierung von Investitionen in
Hochbaumaßnahmen

Vorl.Nr. 139/15

Abweichender Beschluss:

1.

Der Gemeinderat beschließt die in der Anlage 2b zur Vorl.Nr. 139/15 beigefügte Prioritätenliste für Investitionen in Hochbaumaßnahmen für den Finanzplanungszeitraum bis 2019 *auf Basis der heute beschlossenen Veränderungen* und beauftragt die Verwaltung, die jeweiligen Projekte in der darin enthaltenen Reihenfolge wirtschaftlich und zügig- mit den entsprechenden Berichten und Beschlussvorlagen für Gemeinderat und Ausschüsse umzusetzen.

Insbesondere die Projekte August-Lämmle-Schule, Kinder- und Familienzentrum Neckarweihingen sowie Evangelische Kindertageseinrichtung Stammheimer Straße werden ohne zeitlichen Verzug, d.h. in den Jahren 2015, 2016 und ff durchgeführt.

2.

Die Umsetzung erfolgt im Rahmen der in den jeweiligen Haushaltsplänen und im Finanzplan zur Verfügung stehenden Mittel.

3.

Die Prioritätenliste für den Hochbau wird jährlich, insbesondere im Rahmen der Haushaltsaufstellung, überprüft.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 32 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung angenommen.

Nicht anwesend: Stadträtin Faulhaber (beruflich verhindert)
Stadtrat Daferner (beruflich verhindert)
Stadtrat Gericke (krank)
Stadtrat T.Lutz (Urlaub)
Stadtrat F. Lutz (Urlaub)
Stadtrat Dr. Schwytz (krank)
Stadtrat von Stackelberg

Ja 32 Nein 1 Enthaltung 1

Beratungsverlauf:

Auf einen Sachbericht wird seitens des Gremiums verzichtet und OBM **Spec** übergibt das Wort an die Mitglieder des Gemeinderats.

Stadtrat **Herrmann** weist daraufhin, dass die Priorisierung der Maßnahmen der Klarheit und Transparenz diene. Schon am 29.04.2014 habe es eine Sitzung bezüglich der Priorisierungsmaßnahmen gegeben. Damals wären fünf Maßnahmen aufgenommen worden, unter anderem die Kindertagesstätte in der Stammheimer Straße. Bisher sei aber der Umbau des alten Schulhauses in der Lembergschule die einzige Maßnahme, die umgesetzt werde. Die Beratungsgrundlage, welche die Verwaltung zur heutigen Sitzung geliefert habe, sei gut und die CDU-Fraktion werde im Grundsatz dieser Liste zustimmen. Die CDU-Fraktion stimme zudem dem Antrag der FW-Fraktion zu, die Turnhalle Hoheneck unabhängig von der Prioritätenliste zu beginnen. Das Kinder- und Familienzentrum in Neckarweihingen habe hohe Priorität. Dem Antrag der SPD-Fraktion, die Mehrzweckhalle vorzuziehen, wolle man nicht zustimmen. Es seien bereits Hallen vorhanden, wenn auch deren Standard beziehungsweise Zustand durchaus verbesserungswürdig sei. Solange sie jedoch nutzbar seien, mache es keinen Sinn, wenn man diese vorziehe und andere dringende Projekte wie das BZW später als jetzt vorgesehen angehen könne. Den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, das Rathaus Neckarweihingen in die Priorisierungsliste aufzunehmen, könne man bejahen, da die Aufnahme in die Liste nur einen Merkposten darstelle. Ein Abbruch des Rathauses käme aber nicht in Frage. Stadtrat Herrmann fordert die Verwaltung auf, eine auf Basis der heute beschlossenen Veränderungen aktualisierte Prioritätenliste Gemeinderat und Bürgerschaft als öffentliche Vorlage vorzulegen.

Stadträtin **Haberzeth-Grau** unterstreicht, dass die Verwaltung die Priorisierung nachvollziehbar dargestellt habe. Rechtliche Zwänge ließen keinen großen Raum für Diskussionen. Sie betont, dass die Verwaltung keine teuren Provisorien schaffen dürfe. Des Weiteren könne die Turnhalle Hoheneck nicht losgelöst vom Ausbau der Betreuung gesehen werden, ohne die notwendigen Synergien zu erreichen. Für beides müsse die Stadtverwaltung nun planerische Grundlagen schaffen.

Der Neubau der Oststadthalle sei sehr wichtig für den Schulsport. Jedoch habe ein Neubau gegenüber Sanierungsmaßnahmen schon bestehender Infrastruktur, insbesondere bei der Mehrzweckhalle Obweil und dem Bildungszentrum West, keine höhere Priorität. Die Schadstoffbelastung im Bildungszentrum West sei sehr bedenklich. Außerdem sehe die Fraktion das Bildungszentrum West nicht als einen großen Finanzierungs- und Maßnahmenblock. Die Fraktion unterstütze daher die Vorgehensweise, das Projekt in drei Bauabschnitte aufzuteilen. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werde dem Vorschlag der Verwaltung zustimmen, jedoch solle deren Antrag, das Rathaus Neckarweihingen als Posten in der Priorisierungsliste

mitaufzunehmen, berücksichtigt werden.

Stadträtin **Liepins** betont, dass das Kinder- und Familienzentrum so schnell wie möglich ausgeführt werden sollte und die Sporthalle Oststadt und die Mehrzweckhalle Obweil parallel in der Priorisierungsliste aufgeführt werden sollten. Das Bildungszentrum West würde sie auch in Teilabschnitten angehen und realisieren. Den Antrag der FW-Fraktion, die Turnhalle Hoheneck unabhängig von der Prioritätenliste zu beginnen, würden die Mitglieder der SPD-Fraktion unterstützen. Es habe bereits einen Gemeinderatsbeschluss dahingehend gegeben, mit dem Bau der Halle zügig zu beginnen. Dieser solle umgesetzt und nicht durch die Aufnahme auf die Priorisierungsliste ausgehebelt werden. Auch dem Antrag der Grünen, das Rathaus Neckarweihingen in die Priorisierungsliste aufzunehmen, könne die Fraktion zustimmen, da es sich hierbei lediglich um einen Merkposten auf der Priorisierungsliste handle. Jedoch werde auch die SPD-Fraktion einen Abbruch des Rathauses Neckarweihingen ablehnen.

Im weiteren Diskussionsverlauf hebt Stadtrat **Weiss** hervor, dass die FW-Fraktion insbesondere die ersten drei Punkte auf der Priorisierungsliste nachvollziehen könne. Er stellt dabei die Bedeutung des Brandschutzes heraus und betont, grundsätzlich teile er die Auffassung, dass eine Sanierung vor einem Neubau zu priorisieren sei, um vorhandene Bausubstanzen zu erhalten. Er halte es dennoch für wichtig, die bestehende Halle Hoheneck zu ersetzen, da in diesem Falle ein Neubau günstiger sei. Diese Maßnahme solle sofort umgesetzt und deshalb aus der Priorisierungsliste gestrichen werden. Dem Antrag der SPD, die Sporthalle Oststadt in der Prioritätenliste vorzuziehen, wolle die Fraktion zustimmen, da schon seit Jahren deren dringende Notwendigkeit diskutiert werde. Den Antrag der Grünen, das Rathaus in Neckarweihingen auf die Prioritätenliste aufzunehmen, werde die Fraktion annehmen, jedoch werde man einen Abbruch des Rathauses Neckarweihingen nicht unterstützen.

Stadtrat **Eisele** besteht darauf, dass die Rangfolge der Maßnahmen in der Priorisierungsliste nicht geändert werde, da ansonsten die Matrix nicht mehr stimme. Ferner besäßen die Maßnahmen 1-5 der Prioritätenliste aufgrund des Brandschutzes und der Statik eine hohe Relevanz. Er verdeutlicht, dass die Mehrzweckhalle Obweil viele Mängel besäße und dass bei einem Durchfeuchten des Dachs, die Halle zu schließen wäre. Den Antrag der SPD, die Sporthalle Oststadt in der Prioritätenliste vorzuziehen, könne er nicht unterstützen. Zum einen seien diese Maßnahmen von der Verwaltung in ihrer Priorität sehr unterschiedlich gewichtet werden, zum anderen könne dann die Halle Obweil wohl erst in vielen Jahren angegangen werden. Dem Neubau Hoheneck könne man nur zustimmen, wenn der Kostenrahmen eingehalten werde.

Im Namen der neuen Stadträte erklärt Stadträtin **Dziubas**, dass die Vorlage der Verwaltung sehr verständlich sei. Die Mitglieder der Linken würden den Anträgen der Freien Wähler, den Bau der Turnhalle Hoheneck unabhängig von der Priorisierungsliste anzugehen, und der Grünen, das Rathaus Neckarweihingen in die Priorisierungsliste zu setzen, zustimmen. Beim Antrag der SPD, die Sporthalle Oststadt auf eine höhere Priorität zu setzen, werde man sich vermutlich enthalten. Auch sie schlägt vor, die drei Bauabschnitte des Bildungszentrums West zu strecken und zwischen den einzelnen Abschnitten andere Projekte zu schieben und umzusetzen.

Stadträtin **Burkhardt** fordert die Verwaltung auf, eine Liste der notwendigen Sanierungs- und Neubaumaßnahmen an Grundschulen zusammenzustellen, da Kinder- und Schulmaßnahmen Vorrang hätten, aber unzureichend berücksichtigt werden würden. Schon im März 2011 sei ein Antrag gestellt worden, der aber unzulänglich von der Verwaltung beantwortet worden wäre. Hierbei seien unter anderem noch keine Aussagen zu Erweiterungsmöglichkeiten der ehemaligen Pestalozzi-Schule in eine Gemeinschaftsschule getroffen worden. Dem Neubau der Sporthalle Hoheneck, sowie dem Antrag der FW, die Turnhalle Hoheneck unabhängig von der Prioritätenliste zu beginnen, werde sie nicht zustimmen, da sie auch dem damaligen Neubaubeschluss nicht habe zustimmen können. Stadträtin Burkhardt erwähnt, dass sie der Reihenfolge der Maßnahmen, welche die Verwaltung vorschlägt, grundsätzlich folgen könne. Allerdings müssten zunächst wesentliche Informationen, wie beispielsweise die Grünanlagen gestaltet werden, erfolgen. Erst dann sei sie bereit, tatsächlich hierüber abzustimmen.

Stadtrat **Lettrari** wundert sich, warum die Oststadtsporthalle keine große Rolle mehr spiele. Diese sei früher noch auf der Priorität Nummer 1 gestanden. Den Anträgen der Fraktionen werde er zustimmen, außer dem Abbruch des Rathauses Neckarweihingen.

OBM **Spec** lobt die gute Vorarbeit durch die Bürgermeister Ilk und Seigfried. OBM Spec wirft die Problematik der Förderzuschüsse auf. Das Goethe-Gymnasium werde vermutlich nur 2-3 Millionen Euro an Zuschüssen erhalten. Er habe dies im Städtetag schon angesprochen und hoffe, dass dieser vielleicht Nachbesserungen mit dem Land erreichen könne. OBM Spec stellt klar, dass der Antrag zur Aufnahme des Rathauses Neckarweihingen nur einen Impuls darstelle. Es gäbe keinen Bedarf über diese Maßnahme heute schon abzustimmen. Man wolle untersuchen, ob und wie eine Nutzung der Fläche im Untergeschoss des Rathauses möglich sei.

BM **Ilk** erklärt auf die Ansprache von Stadtrat **Eisele** hin, dass die Verwaltung die Mehrzweckhalle Hoheneck im Blick habe und auf Sicherheit kontrolliert werde, nur die Schönheitsreparaturen seien eingestellt worden.

OBM **Spec** erklärt, auch er möchte die drei Bauabschnitte des Bildungszentrums West entzerren. Er ruft die Anträge der Fraktionen zur Priorisierungsliste zur separaten Aussprache und Abstimmung auf.

Zum Beratungsverlauf der einzelnen Anträge siehe Tagesordnungspunkte 2.1, 2.2 und 2.3.

Abschließend ruft OBM **Spec** die Vorlage 139/15 zur Abstimmung auf.

TOP 2.1

Turnhalle Hoheneck
- Antrag der FW-Fraktion vom 18.05.2015

Vorl.Nr. 200/15

Beschluss:

Es wird beantragt den Neubau der Turnhalle Hoheneck ausgehend von den Ausschussbesprechungen Oktober 2014 und des ursprünglichen Beschlusses siehe Vorlage 423/14 vom 19.11.2014 TOP 2.2. Ziff 1-4 mit Finanzierungsvorschlägen 2015/2016 unabhängig von der Prioritätsliste 139/15, wie in der Stadtteilausschusssitzung vom 11.3.2015 durch Herrn Bürgermeister Ilk bestätigt, zu beginnen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 27 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend: Stadträtin Faulhaber (beruflich verhindert)
Stadtrat Daferner (beruflich verhindert)
Stadtrat Gericke (krank)
Stadtrat T.Lutz (Urlaub)
Stadtrat F. Lutz (Urlaub)
Stadtrat Dr. Schwytz (krank)

Ja 27 Nein 4 Enthaltung 4

Beratungsverlauf:

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** bemängelt die Formulierung des Antrags. Man verstehe diesen als Baubeschluss, weshalb er so nicht in die Prioritätenliste aufgenommen werden könnte.

OBM **Spec** erklärt, dass es sich hierbei um keinen Baubeschluss handle. Über diesen würde erst abgestimmt werden, wenn Angebote im vorgegebenen Kostenrahmen vorlägen.

Stadträtin **Liepins** erwähnt, dass man neu über die Maßnahme diskutieren müsse, falls der Kostenrahmen nicht eingehalten werde.

OBM **Spec** weist in der Beratung zusammenfassend darauf hin, dass der Neubau der Turnhalle Hoheneck mit Zustimmung zur Vorl.Nr. 200/15 in die Liste der beschlossenen, in Planung/Bau befindlichen Baumaßnahmen aufgenommen werde (überarbeitete Anlage 3 zur Vorl.Nr. 139/15).

Anschließend lässt OBM **Spec** über die Vorl.Nr. 200/15 abstimmen.

TOP 2.2

Priorisierung von Hochbaumaßnahmen
- Antrag der SPD-Fraktion vom 18.05.2015

Vorl.Nr. 201/15

Beschluss:

Die Prioritätenliste der Vorlage wird wie folgt geändert:

Die Sporthalle Oststadt wird auf Platz 4 vorgezogen

Die bisherigen Punkte 1 und 4 bleiben bestehen; die Sporthalle Oststadt wird vor der Planung Mehrzweckhalle Oßweil (bleibt Priorität 4) geplant und gebaut (Standardhallenbau / kostenoptimiert).

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadträtin Faulhaber (beruflich verhindert)
Stadtrat Daferner (beruflich verhindert)
Stadtrat Gericke (krank)
Stadtrat T.Lutz (Urlaub)
Stadtrat F. Lutz (Urlaub)
Stadtrat Dr. Schwytz (krank)

Ja 15 Nein 19 Enthaltung 1

Beratungsverlauf:

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** betont, die Halle Oststadt habe Priorität, da dort derzeit kein ausreichender Schulsport stattfindet. Dies müsse aber vom Schulträger gewährleistet werden. In anderen Stadtteilen seien solche Infrastrukturen zwar sanierungsbedürftig, aber zumindest sei ausreichender Schulsport vorhanden. Hier müsse man abwägen.

Stadträtin **Knoß** erwidert, dass auch in anderen Stadtteilen der Schulsport nicht abgedeckt sei, aber das Bildungszentrum West nun Priorität habe.

Stadtrat **Rothacker** schlägt vor, den Antrag der SPD so abzuändern, dass die Projekte Sporthalle Oststadt und Mehrzweckhalle Obweil beide auf Priorität 4 der Liste stünden.

Stadtrat **Meyer** betont, dass Ausgewogenheit in der Prioritätenliste herrschen müsse, das hieße man dürfe keine zwei Sporthallen unter den ersten 4 Prioritäten der Liste aufführen.

Stadtrat **von Stackelberg** betont nochmals den unzureichenden Sportunterricht an der Oststadtschule, die ein Sportprofil besäße, aber die geforderte Stundenanzahl in der Sporthalle Oststadt nicht durchführen könne.

Auch Stadtrat **Weiss** benennt die Dringlichkeit der Sporthalle Oststadt. Er wolle ebenfalls die Oststadthalle auf dieselbe Position mit der Mehrzweckhalle Obweil setzen. Dringliche Maßnahmen müssten eben gegebenenfalls per Kreditaufnahme finanziert werden.

Stadtrat **Kube** erwähnt, dass er für den Antrag der SPD stimmen und sich nicht enthalten wolle.

OBM **Spec** erkundigt sich im Laufe der Beratung, ob der Antrag dahingehend zu verstehen sei, dass die Sporthalle Oststadt vor die Mehrzweckhalle Obweil vorgezogen werden solle.

Stadträtin **Liepins** bestätigt das.

OBM **Spec** lässt das Gremium über die Vorl.Nr. 201/15 abstimmen.

TOP 2.3

Prioritätenliste/ Rathaus Neckarweihingen
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
vom 13.05.2015

Vorl.Nr. 193/15

Beschluss:

Das Rathaus Neckarweihingen wird in die „Prioritätenliste für Investitionen in Hochbaumaßnahmen“ aufgenommen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 16 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend: Stadträtin Faulhaber (beruflich verhindert)
Stadtrat Daferner (beruflich verhindert)

Stadtrat Gericke (krank)
Stadtrat T.Lutz (Urlaub)
Stadtrat F. Lutz (Urlaub)
Stadtrat Dr. Schwytz (krank)
Stadtrat von Stackelberg

Ja 16 Nein 13 Enthaltung 5

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** hebt hervor, dass bei Zustimmung zum Antrag das Rathaus Neckarweihingen lediglich als Merkposten auf der Prioritätenliste zu verstehen sei. Eine Umsetzung sei erst zu einem späten Zeitpunkt möglich, weshalb keine Priorisierung nötig sei.

Im Verlauf der Beratung zieht Stadtrat **Haller** den vorletzten und vorvorletzten Absatz, welche Bezug auf eine Neubaulösung nehmen, der Begründung zum Antrag Vorl.Nr. 193/15 zurück.

OBM **Spec** kündigt an, dass das Rathaus Neckarweihingen auf Platz 19 der Prioritätenliste gesetzt werde und lässt unter dieser Maßgabe abstimmen.

TOP 3	Finanzbuchhaltung auf doppischer Grundlage - Eröffnungsbilanz zum 01.01.2014	Vorl.Nr. 168/15
-------	---	-----------------

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** verweist auf die Beratungen im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung. Die Mitglieder des Gemeinderats haben von dieser Mitteilungsvorlage Kenntnis genommen.

Auf Sachvortrag und Aussprache wird seitens des Gremiums verzichtet.

TOP 4	Personalkostenreduzierung Haushaltsvollzug 2015 (Vorl.Nrn. 004/15 und 046/15)	Vorl.Nr. 129/15
-------	--	-----------------

Beschluss:

1. Beim Fachbereich Hochbau und Gebäudewirtschaft wird eine vorhandene Beamtenstelle (A 9) gestrichen.
2. Im Bereich der Grünpflege ist die Nichtbesetzung einer der beiden Stellen mit einer Reduzierung des Pflegestandards oder mit einer Erhöhung der Sachkosten verbunden. Dadurch ergeben sich zwei Alternativen:
 - a) auf die Besetzung der zweiten Stelle wird verzichtet
 - ~~b) es werden beide Stellen besetzt.~~

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss zur Ziff. 1 wird mit 27 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 3 Enthaltungen angenommen.

Der Beschluss zur Ziff. 2b) wird mit 8 Ja-Stimmen, 23 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen abgelehnt.

Der Beschluss zur Ziff. 2a) wird mit 23 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend: Stadträtin Faulhaber (beruflich verhindert)
Stadtrat Daferner (beruflich verhindert)
Stadtrat Gericke (krank)
Stadtrat T.Lutz (Urlaub)
Stadtrat F. Lutz (Urlaub)
Stadtrat Dr. Schwytz (krank)
Stadtrat von Stackelberg
Stadtrat Kube
Stadtrat Haller
Stadtrat Heer

Beratungsverlauf:

Auf Sachvortrag wird seitens des Gremiums verzichtet. OBM **Spec** übergibt das Wort zur Aussprache.

Stadträtin **Kreiser** befürwortet den Vorschlag der Verwaltung in Punkt 1 und Punkt 2 a), da teilweise Aufgaben betroffen seien, die auch an Dritte abgegeben werden könnten. Damit wäre der Haushalt nicht mit einer zusätzlichen Stelle belastet. Hiermit sei aber nicht die Erhöhung des Budgets für Fremdleistungen verbunden, sondern eine Reduzierung der Standards. Man müsse die Entwicklung beobachten, wenn diese Stellen wegfallen würden.

Stadtrat Dr. **Vierling** lässt wissen, dass er der Ziffer 1 zustimmen werde, aber nicht der Ziffer 2a). Man könne in der Stadt Ludwigsburg nicht auf Leistungen in der Reinigung bzw. Grünpflege verzichten. Er fordere eine getrennte Abstimmung zwischen den Ziffern 1 und 2.

Stadtrat Dr. **O'Sullivan** ist der Meinung, dass es sich beim Vorschlag der Verwaltung nicht um eine Stellenstreichung handle. Es würden lediglich aus der Liste des neu angemeldeten Bedarfs zwei Stellen eingespart werden. Wenn die Stellen nicht gebraucht werden würden, werde seine Fraktion natürlich zustimmen. Er wolle eigentlich im Grünbereich keine Stelle streichen, da er auch nicht ausschließen möge, dass der Bedarf gestiegen sei. Unter der Prämisse jedoch, dass durch eine Fremdvergabe der Bedarf auffangbar wäre, könne man zustimmen.

Stadtrat **Weiss** gibt an, den Ziffern 1 und 2a) zustimmen zu können. Eine Streichung einer Stelle im Grünbereich wäre sicherlich durch eine Fremdvergabe oder durch mehr Effizienz ausgleichbar.

Des Weiteren erläutert Stadtrat **Eisele**, dass er dem Punkt 1 und dem Punkt 2 a) zustimmen könne. Auch er wolle keine Baumnachpflanzungen verhindern und sei für Grün in der Stadt. Doch würde ein fehlender Gärtner nicht die ganze Stadt verwildern lassen.

Stadträtin **Burkhardt** äußert, dass das Hochbauamt lange um mehr Personal gekämpft habe, um

Defizite bei der Aufgabenerfüllung auszugleichen. Sie fragt nach, welche Aufgaben denn wegfallen würden. Weiter beantragt Stadträtin Burkhardt eine getrennte Abstimmung der Ziffern, sowie nochmals über 2b) abzustimmen, da sie eine Besetzung dieser Stelle befürworte. Werde keine klare Aussage zu Ziffer 1 erfolgen, werde sie diesen Punkt ablehnen.

Stadträtin **Dziubas** rät dazu, die neu geschaffenen Stellen nicht zu streichen, da diese von den Fachbereichen schwer erkämpft wurden.

Herr **Nitzsche** informiert, dass die zu streichende Stelle nicht den Hochbau betreffe, sondern den kaufmännischen Bereich (Gebäudewirtschaft).

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** kritisiert, dass die Stadt in diesem Bereich unterbesetzt sei. Wenn man ein gepflegtes Stadtgrün sehen wolle, solle man Bietigheim als Vergleich heranziehen. Sie sei enttäuscht, dass die Verwaltung eine Stelle streichen wolle, welche die Grünanlagen pflegt und, dass $\frac{3}{4}$ des Gremiums die Grünpflege in der Stadt nicht für wichtig halte.

OBM **Spec** betont, dass die Verwaltung bereit sei, erneut über alle Verwaltungsbereiche systematisch zu schauen und Aufgabenkritik anzunehmen. Der Anteil der Grünflächen habe sich tatsächlich vergrößert. Er selber werde dem Punkt, eine Stelle im Grünbereich zu streichen, nicht zustimmen können, da er nicht bewusst Situationen in Kauf nehmen könne, dass teilweise Flächen in der Stadt wild bewachsen wären. Er wendet zudem ein, dass die Streichung der Stelle nicht der Wunsch der Verwaltung sei, sondern die Verwaltung lediglich ihre Aufgaben erfülle, welche sie vom Gemeinderat zugetragen bekomme.

Stadtrat **Herrmann** pflichtet bei, dass die Verwaltung ihrem Auftrag, Vorschläge von Stellenstreichungen zu machen, nachgekommen sei. Man habe erst 38 Netto-Neustellen genehmigt, so dass man auf diese eine Stelle im Grünbereich auch verzichten könne.

OBM **Spec** lässt auf Antrag von Stadträtin **Burkhardt** getrennt, sowie nochmals über 2b) abstimmen.

TOP 5

Kunstzentrum Karlskaserne - Anpassung
Nutzungsentgelte

Vorl.Nr. 143/15

Beschluss:

- 1.) Dem Betriebskonzept und der Weiterentwicklung des Kunstzentrums Karlskaserne gemäß Anlage 1 zur Vorl.Nr. 143/15 wird zugestimmt.
- 2.) Die Nutzungsentgelte für Reithalle und Kleine Bühne werden gemäß Anlage 2 zur Vorl.Nr. 143/15 angepasst und ab dem 1. September 2015 festgelegt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 31 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Beratungsverlauf:

Nicht anwesend: Stadträtin Faulhaber (beruflich verhindert)

Stadtrat Daferner (beruflich verhindert)
Stadtrat Gericke (krank)
Stadtrat T.Lutz (Urlaub)
Stadtrat F. Lutz (Urlaub)
Stadtrat Dr. Schwytz (krank)
Stadtrat von Stackelberg
Stadtrat Kube
Stadtrat Haller
Stadtrat Heer

Ja 31 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Auf Sachvortrag und Aussprache wird seitens des Gremiums verzichtet.

OBM **Spec** lässt über die Vorlage 143/15 abstimmen.